

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
101. Plenarsitzung, Mittwoch, 29. April 2020

„Mit Vernunft und Herz durch die Krise“
zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

29.04.2020

Inhalt

I. Eine Zeit breiter Solidarität

II. Langzeitfolgen für die Gesellschaft

III. Aus Corona lernen

1. Vorsorge ausbauen
2. Krankenhäuser stärken
3. Stabilitätspakt für Kommunen
4. Digitalisierung und Bildung
5. Rettungsplan Gemeinschaft und Soziales

IV. Unternehmen stabilisieren, Arbeitsplätze sichern

1. Innovationen
2. Perspektiven für das Hotel- und Gaststättengewerbe

V. Schluss

I. Eine Zeit breiter Solidarität

Anrede,

jeder kann jeden anstecken. Deshalb halten wir Abstand. Deshalb werden viele Feste nicht gefeiert. Deshalb tragen wir in unserem Bundesland seit vorgestern Masken, beim Einkaufen, in Bus und Straßenbahn. Wir tragen sie für einen gemeinschaftlichen Zweck, um Mitmenschen zu schützen.

Diese Wochen sind eine Zeit breiter, wachsamer Solidarität. Die plötzliche Bedrohung rückt Grundsätzliches in den Blick. In der Politik wie im Privaten.

Für unsere Gesellschaft ist diese Pandemie die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Bisher sind wir in Deutschland besser damit fertig geworden als die meisten anderen Länder.

Bürgerinnen und Bürger sind dankbar für unser Gesundheitssystem, das Corona standhält. Auch dank des Einsatzes unseres Pflegepersonals – und es sind hier vor allem so viele Frauen, die Überstunden leisten und sich für Kranke aufopfern. Ihnen möchte ich heute besonderen Respekt und Dank sagen.

Die CDU-Fraktion hat sich schon vor Wochen dafür eingesetzt, unseren Pflegekräften nicht nur mit Worten zu danken. Wir haben vorgeschlagen, ihnen für ihren Einsatz einen abgabefreien Bonus von 500 Euro aus Landesmitteln und kostenlose Verpflegung zur Verfügung zu stellen.

Heute Vormittag hat das Bundeskabinett einen Pflegebonus beschlossen – ich erwarte, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie sich dahinter stellen.

Anrede,

in der Krise vertrauen die Bundesbürgerinnen und -bürger auf die Regierungshandelnden in Berlin. Die Regierung, die Bundeskanzlerin führt mit großer Besonnenheit und der notwendigen Entschlossenheit. Berlin hat gigantische Hilfspakete auf den Weg gebracht. Insgesamt mobilisieren Bund und Länder 1,3 Billionen Euro.

Überall ist Unterstützung gefragt. In Betrieben, in Krankenhäusern, in Verwaltungen und Ämtern, in Sozialeinrichtungen, Vereine – Studenten, Landwirte, Künstler. Es gibt unglaubliche Beispiele von Gemeinsinn, von Nachbarschaft, von Freundschaft.

II. Langzeitfolgen für die Gesellschaft

Gibt es auf absehbare Zeit ein Leben ohne Corona? Diese Frage stellen wir uns täglich, mit wachsender Besorgnis. Wie sieht der Alltag aus, den wir Stück um Stück zusammenflicken? Reichen wir uns noch die Hand? Mindestens so lange, bis ein Impfstoff entwickelt ist und flächendeckend zur Verfügung steht, gibt es keine einfachen Auswege und Lösungen. Deshalb nimmt seit einigen Tagen die öffentliche Diskussion über Lockerungen von Schutzmaßnahmen Fahrt auf. Es gibt Proteste dafür. Und Bedenken dagegen. Den einen geht es zu schnell. Den anderen zu langsam. Wir müssen grundsätzlich reden:

- Über einen maßvollen Weg aus dem Krisenmodus.
- Über Abwägungsprozesse in der Daseinsvorsorge.
- Darüber, was uns als Gesellschaft wichtig und wert ist.
- Was wir uns leisten wollen und können.

Eine zweite Infektionswelle, ein nochmaliges, stärkeres Aufflammen muss unter allen Umständen verhindert werden. Daneben tritt aber die berechtigte Sorge um die Langzeitfolgen, um soziale, ökonomische, psychologische Auswirkungen. Wir betonen gern die Bedeutung von Zusammenhalt in der demokratischen Gesellschaft, dass er immer wieder neu gestaltet werden muss. Was heißt das in Zeiten von Corona? Auch darüber müssen wir verantwortungsvoll und größer diskutieren.

- Über das gesellschaftliche Zusammenleben.
- Das wirtschaftliche Überleben und
- das wir die Natur nicht verleben.

Die anderen Krisen, Klimawandel, Trockenheit, Dürre, Fluchtbewegungen bestehen ja weiter.

Anrede,

es hängt alles miteinander zusammen: Die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Gesundheit von Mensch wie Natur, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Grundversorgung, Lebenschancen, in Deutschland, in Europa.

Wenn die Industrie schwächelt, der Großteil der Wirtschaft eingefroren ist, Steuereinnahmen wegbrechen, Sozialkosten steigen – dann beeinträchtigt dies langfristig unser Gesundheits- und Bildungssystem, dann verschlechtern sich Lebens- und Arbeitsbedingungen.

- Das Münchner Ifo-Institut rechnet, dass 1,8 Millionen Menschen ihren Job im Zuge der Corona-Krise verlieren.
- Soziologen befürchten, dass Depressionen, Scheidungs- und Selbstmordraten steigen.
- Die Polizei meldet eine drastische Zunahme häuslicher Gewalt. Kinder und Frauen werden mehr geschlagen.
- Viele Familien gehen schon jetzt auf dem Zahnfleisch und fühlen sich im Stich gelassen. Kinder lassen sich nicht wegorganisieren. Sie haben ureigene Bedürfnisse. Hier braucht es differenzierte Lösungen, von Kita bis Schule.
- Experten warnen davor, dass Bildungsgerechtigkeit auf der Strecke bleiben könnte, vor allem für Kinder aus sozialprekären Haushalten, die seit Wochen nicht in die Schule oder die Kita können. Für diese Kinder sind Schule und Kindergarten Schutzräume. Wenn dieser Schonraum wochenlang wegfällt, holen betroffene Kinder die Entwicklungsrückstände kaum noch auf.

Was ist mit Kindeswohl, dem Recht auf frühe Bildung? Wir haben eine sehr schmale Gratwanderung vor uns. Wolfgang Schäuble fordert, das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, unsere Prioritäten neu zu justieren, die Balance zwischen den Grundrechten. Da stimme ich ihm zu. Die sozialen Folgen von Corona werden bislang nicht in ausreichendem Maße gewichtet. Der Staat, dessen Rolle gerade eine komplette Neubewertung erfährt, wird nicht alles leisten können. Die öffentlichen Haushalte verschulden sich in einem nie gekannten Ausmaß. Irgendwann muss zurückbezahlt werden, was wir jetzt ausgeben.

III. Lernen aus der Krise

Aktuell sind alle Kräfte gebunden, im Bemühen, so sicher wie irgendwie möglich durch die Krise zu steuern. Und dennoch sollte bereits jetzt, zeitgleich, eine kritische Prüfung des Managements starten, um Maßstäbe für künftige Ausnahmesituationen zu entwickeln. Schon jetzt können wir vieles lernen. Schon jetzt müssen wir uns um besseren Gesundheits- und Katastrophenschutz kümmern. Ein Mehr an Vorsorge schafft ein Mehr an Sicherheit.

1. Reserven vorhalten, Vorsorge ausbauen

- Wir brauchen mehr Schutzkleidung, mehr Reserven für medizinische und Hygieneausrüstungen.
- Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger über viele Monate rigoros zu isolieren – ist herzerreißend. Hier kann absoluter Lebensschutz mit dem Schutz der Menschenwürde und seelischer Gesundheit kollidieren. Deshalb brauchen wir differenzierte Lösungen, vor allem aber genügend Schutzkleidung für das Personal in Pflegeheimen, aber auch, um Besuche zu ermöglichen.
- Wir brauchen ausreichende Krankenhauskapazitäten, vor allem bei den Intensivstationen.
- Mehr Infektionstests, mehr verlässlichere Tests, vor allem auch in Alten- und Pflegeheimen.
- Schnellere und flächendeckende Informationen über Testergebnisse. Nur dann können wir flexibel auf neue Infektionsketten reagieren.
- Klare, durchdachte Hygiene- und Abstandsregeln für alle gesellschaftlichen Bereiche in unserem Bundesland. Alles andere verunsichert die Menschen.
 - Etwa die unterschiedliche Herangehensweise an die Maskenpflicht in den Bundesländern.
 - Wieso darf ein 800 Quadratmeter großer Laden öffnen, ein Laden ab 801 Quadratmeter nicht mehr?

- Wieso traut die Politik dem Einzelhandel und dem Friseur um die Ecke zu, für Distanz zu sorgen, dem Besitzer des Biergartens oder der Eckkneipe nicht?
- Kinder dürfen in die Schule, aber Gäste nicht ins Hotel?
- Wie groß ist eine Großveranstaltung?
- Und warum darf das Outlet-Center in Zweibrücken öffnen, der Friseur aber nicht?

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

das ist ungerecht. Das sind falsche Signale!

- Wir brauchen ein neues Pandemie-Vorsorgekonzept in Rheinland-Pfalz, Katastrophen- und Notfallpläne für Alten-, Pflege- und Behindertenheime, die in der aktuellen Krise ein besonderes Einfallstor für Viren sind.
- Wir sollten über eine Re-Regionalisierung bestimmter Wirtschaftszweige nachdenken und dafür Anreize schaffen. Fast 80 Prozent der Arzneimittel oder deren Vorprodukte werden nicht in Deutschland, sondern größtenteils in China produziert.

Herr Minister Wissing,

ich schlage vor, starten Sie einen Prozess gemeinsam mit der mittelständischen Wirtschaft über Unterstützungsmaßnahmen zur Verringerung von Abhängigkeiten im Krisenfall. Klären Sie in Gesprächen mit Boehringer-Ingelheim, ob bislang ausgelagerte Produktion an die Stammsitze zurückverlagert werden kann. Das ist teurer, ja, aber wichtig.

2. Krankenhäuser stärken

Anrede,

vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat die Bedeutung von Kreiskrankenhäusern in der Fläche zugenommen. Hier, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, hier tragen Sie unmittelbar Verantwortung! Während die Baukosten in den vergangenen 20 Jahren – so lange wird das Problem schon verschleppt – um 50 Prozent gestiegen sind, sanken die Förderungen nach dem Landeskrankenhausgesetz um 13 Prozent. Frau Ministerpräsidentin, lernen Sie aus der Corona-Krise! Halten Sie Krankenhäuser in der Fläche! Erhöhen Sie die Investitionsförderungen um 100 Millionen Euro jährlich.

Wer das Kreiskrankenhaus wirklich will, der muss ins Kreiskrankenhaus investieren! Seit langem warnt die CDU-Fraktion vor dem Fachkräftemangel im Pflegebereich. Jetzt, in der Corona-Krise, kristallisieren sich die Probleme überdeutlich. Wir brauchen mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, um den Beruf attraktiver zu machen.

3. Stabilitätspakt für Kommunen

Wegen Corona sinken die Einnahmen unserer Städte und Gemeinden im Land dramatisch. Und die Altschulden drücken umso schwerer. Mit 100 Mio. Euro im Nachtragshaushalt hat das Land einen ersten Schritt gemacht, um die kurzfristigen finanziellen Belastungen auszugleichen. Doch das reicht nicht. Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf: Federn Sie mit einem eigenen, kommunalen Stabilitätspakt die Notlage ab!

4. Digitalisierung und Bildung

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig digitale Prozesse und Technologien sind. Vieles wird derzeit im Netz organisiert. Jugendliche turnen in der Gruppe vor dem Handy, in Konferenzschalten treffen wir Kollegen. Doch mit dieser Selbstverständlichkeit kann nicht jeder digital unterwegs sein. Noch gibt es zu große Unterschiede in der Nutzung und dem Zugang zum Internet.

- Fachkliniken können hochaufgelöste Röntgenbilder wegen fehlender Bandbreiten nicht austauschen.
- Vielerorts ist es nicht möglich, datenintensive Arbeitsplätze in ländliche Gegenden zu verlagern.

Ein deutlicher Digitalisierungsschub ist dringend notwendig. Umso mehr drängt sich vor diesem Hintergrund die Frage auf, welche digitale Gesamtstrategie die Landesregierung eigentlich an unseren Schulen verfolgt. Welche zusätzlichen Gelder sind in einem zweiten Nachtragshaushalt für die bessere digitale Ausstattung von Schulen eingeplant? An rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen, bei Lehrern wie Schülern, herrscht große Unsicherheit. Es ist Aufgabe der Bildungsministerin zu evaluieren, wie Unterricht im Notfall digital besser bewerkstelligt werden kann.

Das fängt – sehr geehrte Frau Hubig – bei ordentlicher Kommunikation zwischen Ministerium, Schulaufsicht und Schulen an! Und hört bei klaren Hygieneregeln für die Klassen auf. Da gibt es noch zu viele praktische Ungereimtheiten. Und bitte helfen Sie Schülerinnen und Schülern, die Hilfe benötigen, mit einem Nachhilfe-Netzwerk über die großen Ferien.

5. Rettungsplan „Gemeinschaft und Soziales“

Neben den großen braucht es viele kleinere Schutzschirme. Deshalb hat die CDU-Fraktion bereits vergangene Woche einen Rettungsplan „Gemeinschaft und Soziales“ vorgeschlagen. Für Vereine, gemeinnützige Organisationen, Ehrenamt, Frauenhäuser, Jugendherbergen, Sozialeinrichtungen, Kultur und Künstler, Musikschulen.

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung jetzt endlich nach langem Warten Hilfsmaßnahmen ankündigt. Wir halten diese aber für unzureichend und wieder mal zu bürokratisch, vor allem in der Kultur. Andere Bundesländer, wie Baden-Württemberg oder Bayern, machen vor, wie es besser und schneller geht.

IV. Unternehmen stabilisieren, Arbeitsplätze sichern

1. Innovationen

Anrede,

vor einigen Wochen haben wir alle Lichter schnell auf einmal ausgemacht. Der Weg zurück wird weitaus schwieriger. Er verläuft im sensiblen Spannungsfeld

- zwischen dem Gesundheitsschutz von Menschen – und dem Wiederaufahren der Wirtschaft,
- zwischen Sicherheit und Freiheit.

Herr Minister Wissing,

bei der Soforthilfe für die Wirtschaft hat die Landesregierung viele Fehler gemacht und Unternehmen alleine gelassen. Zu spät, schleppend, zu wenig, zu chaotisch – die Kritik von Mittelständlern. Ein Unternehmer mit Firmen in Berlin und in Rheinland-Pfalz erklärte dem ZDF, in der Bundeshauptstadt sei sein Antrag sehr zügig und unkompliziert binnen drei Tagen bearbeitet worden.

In Rheinland-Pfalz habe er drei Wochen nach Antragstellung „von der ISB nichts gehört“. Und so ging es vielen anderen: Drei Wochen Existenzängste ohne Information, ohne Reaktion, ohne Geld. Schon vor Corona war Rheinland-Pfalz Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum 2019 – letzter Platz unter allen Bundesländern!

Anrede,

umso mehr müssen wir für unsere rheinland-pfälzischen Firmen und Betriebe neu und über den Tag, über die Krise hinaus denken.

- Es geht um Anreize, Innovationen zu beschleunigen.
- Um den Übergang in eine klimaschonende, digitalisierte Wirtschaft.
- Um die Auflösung des Investitionsstaus in Rheinland-Pfalz.

- Die Modernisierung unserer öffentlichen Infrastruktur über Konjunkturprogramme.
- Rheinland-Pfalz braucht ein modernes Industriekonzept.

Eine besondere Chance besteht in der Förderung der Wasserstofftechnologie und in der Förderung synthetischer Kraftstoffe.

2. Perspektiven für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Einer der größten Arbeitgeber in unserem Bundesland leidet am meisten: Das Hotel- und Gaststättengewerbe. Ohne zusätzliche staatliche Unterstützung steht wahrscheinlich jeder dritte Betrieb in Deutschland vor der Insolvenz. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion an vorderer Stelle für die Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent stark gemacht. Kneipen, Gaststätten, Biergärten brauchen eine Perspektive! Am besten im kommenden Monat und sei es nur im Außenbereich.

Deshalb unser Appell, Frau Ministerpräsidentin, stellen Sie sofort einen detaillierten Schutz- und Hygieneplan auf, der klar definiert, welche Sicherheitsstandards zwingend erfüllt werden müssen. Unsere Gaststätten, Weinstuben, Kneipen, Beherbergungsbetriebe schaffen es nicht alleine!

Anrede,

nicht nur im Hotel- und Gaststättengewerbe – in allen Feldern gilt es jetzt, tagtäglich den richtigen Weg zu prüfen, stets angepasst an aktuelle Erfordernisse. Ich hoffe sehr, dass sich die Entwicklung in den kommenden Wochen stabilisiert, damit unsere Bürgerinnen und Bürger hoffen können. Geben wir aufeinander Acht und bleiben Sie alle gesund.